

Stimmen gegen den Krieg – Digest russischer Antikriegsproteste Juni 2026

Im Folgenden finden Sie eine Sammlung russischer Antikriegsproteste und Verfahren gegen Kriegsgegner im Juni 2026 ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Der Digest wird regelmäßig fortgeführt.

Sabotage

Sabotage an militärischer Infrastruktur im Gebiet Amur



Die Gruppierung "Objedinennyj Front Soprotivlenija" (Vereinte Widerstandsfront) teilte mit, dass Anfang Juni eines ihrer Mitglieder einen Glasfaserverteilerkasten in Savitinsk (Gebiet Amur, Föderationskreis Ferner Osten) [in Brand gesetzt](#) habe. Durch die Beschädigung der Kommunikationsleitung seien Munitionsverwaltung, Verwaltungsserver sowie Videoüberwachung beeinträchtigt und die Versorgung von Militäreinheiten der russischen Armee erschwert worden.

Festnahme in St. Petersburg wegen Brandstiftung an Relaiskasten



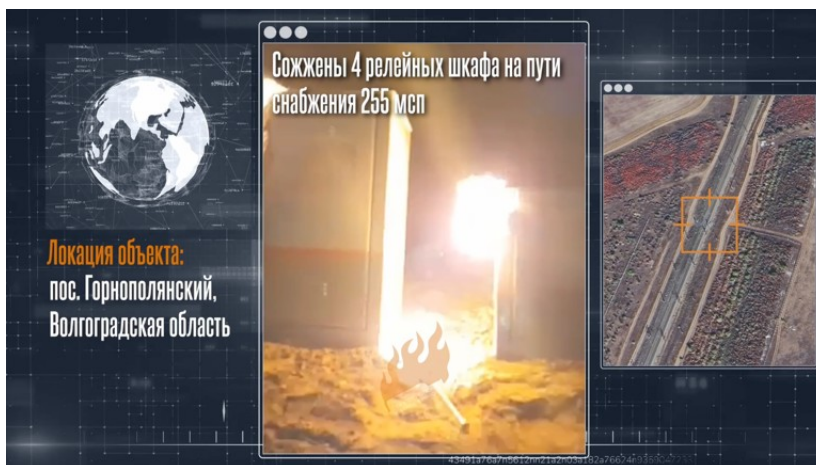
In der Nacht zum 16. Juli setzte [Agil Alijev](#) einen Relaiskasten an einer Eisenbahnstation in Sankt Petersburg in Brand und wurde unmittelbar am Tatort festgenommen. Das Bezirksgericht Vyborg ordnete Untersuchungshaft bis zum 15. August an. Gegen Alijev wurde Anklage erhoben wegen eines "terroristischen Anschlags mit dem Ziel der Destabilisierung der Tätigkeit staatlicher Behörden".

ATESCH stoppt Produktion von Drohnen in Taganrog



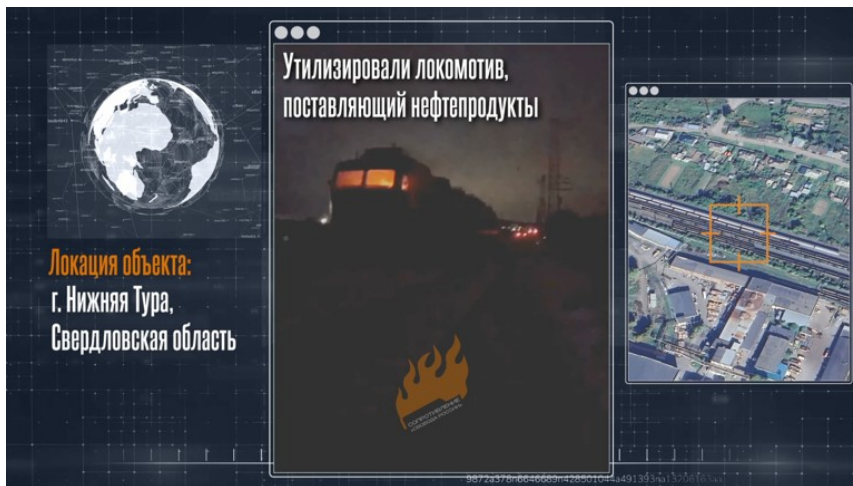
Die Widerstandsgruppe "ATESCH" hat ein Umspannwerk in Brand gesetzt, das das Werk *Atlant-Aero* in Taganrog (Südlicher Föderationskreis) mit Strom versorgt. Das Unternehmen produziert die Angriffs- und Aufklärungsdrohnen *Molnija* sowie Komponenten für die Komplexe *Orion* und Steuerungssysteme für FPV-Drohnen. Der Ausfall der Stromversorgung führte zu einer Notabschaltung der Produktionslinien und der wichtigsten Werkhallen des Betriebs

Sabotage an Bahnstrecke stoppt Militärtransport



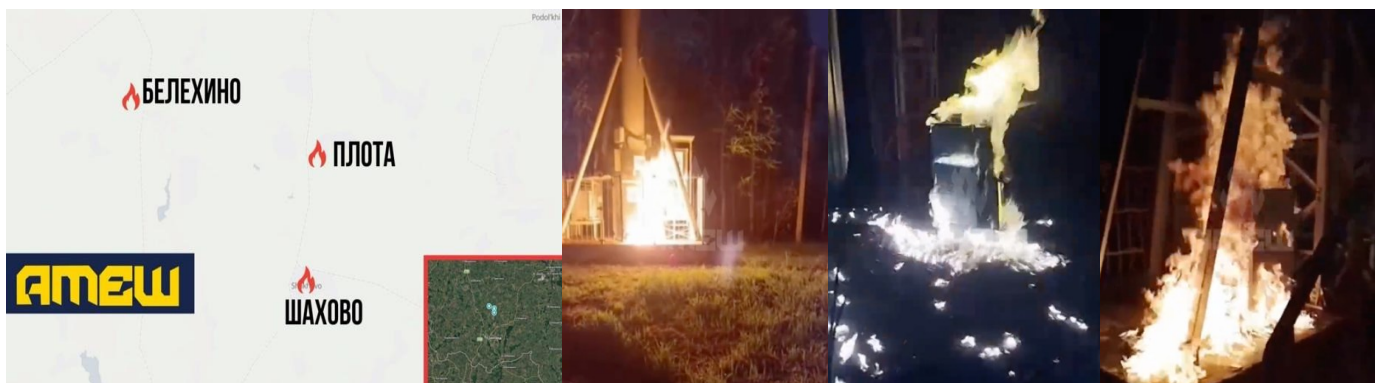
Im Ort Gornopoljanskij (Gebiet Wolgograd) haben Mitglieder der Widerstandsgruppe "Svoboda Rossii" (Freiheit Russlands) nach eigenen Angaben vier Relaiskästen an einer Bahnstrecke in Brand gesetzt. Die Aktion habe die Versorgung der Militäreinheit 13766 sowie weiterer russischer Truppen an der Front in der Ukraine mit Personal, Munition und Treibstoff beeinträchtigt.

Militärlok in Brand gesetzt - keine Treibstofflieferung für die Armee



In der Stadt Nizhnaja Tura haben Mitglieder der Widerstandsgruppe "Svoboda Rossii" nach eigenen Angaben eine Elektrolokomotive des Typs WL11K [zerstört](#). Die Aktion habe den Transport von Erdöl auf der Schiene beeinträchtigt – einem der wichtigsten Kanäle zur Treibstoffversorgung der russischen Armee, nachdem sich Angriffe auf Tanklastwagen zuletzt gehäuft hätten.

Widerstandsgruppe "АТЭС" öffnet Luftkorridor für Drohnen nach Moskau



Die Partisanenbewegung "АТЭС" hat nach eigenen Angaben drei Mobilfunkmasten in den Orten Belenichino, Schachovo und Plotyj (Gebiet Belgorod) in Brand gesetzt und dabei Telekommunikationstechnik [zerstört](#), die für Kommunikations- und Luftverteidigungssysteme genutzt wurde. Nach Angaben der Gruppe erhielt die russische Luftverteidigung dadurch keine Echtzeitinformationen mehr über Drohnen, wodurch sich die Erkennung von Bedrohungen deutlich verlangsamte und ein zusätzlicher Luftkorridor für Drohnenangriffe auf Moskau geöffnet wurde.

Verfolgungen

Veröffentlichungen über Attacken auf Kyjiv und Dnipro: 6 Jahre Lagerhaft



Foto: Mediazona

Auf dem Instagram-Account von Jaroslav Bykov, gebürtiger Einwohner des Gebiets Charkiv, wurden zwei Beiträge veröffentlicht: über den Angriff der russischen Armee auf ein Wohnhaus in Dnipro im Januar 2023 sowie über den Angriff auf das Kinderkrankenhaus *Ochmatdyt* in Kyjiv im Juli 2024. Das Vorgehen der russischen Armee wurde darin als verbrecherisch bezeichnet. Bykov bekannte sich nicht schuldig. Er erklärte, sein Account könne gehackt worden sein und er habe sich dort schon lange nicht mehr eingeloggt. Vor seiner Festnahme im Strafverfahren war er wiederholt sogenannten "Karussell-Verhaftungen" ausgesetzt, weil er Putin kritisiert und die Ukraine unterstützt hatte. Trotz schwerer Erkrankungen – Krebs, Epilepsie und Bluthochdruck – wurde er nun wegen angeblicher "Falschinformationen über das Militär" zu [sechs Jahren Freiheitsstrafe](#) verurteilt.

Administrator oppositioneller Kanäle festgenommen

Im Mai und Juni dieses Jahres erschienen im Telegram-Kanal *Jaschtscheriza* Beiträge über Strafverfahren im Zusammenhang mit dem *Fonds zur Bekämpfung der Korruption* (FBK) und dem *Russischen Freiwilligenkorps* (RDK). In den Beiträgen wurden die Logos dieser Organisationen verwendet. Am 14. Juni wurde der Administrator des Kanals, [Bogdan Bucharin](#) in Ekaterinburg (Föderationskreis Ural) festgenommen. Gegen ihn wurden zwei Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen der Zurschaustellung verbotener Symbole eingeleitet.

Aussagen gegen den Krieg: Stellvertretender Vorsitzender der Partei *Jabloko* erhält 7 Jahre Lagerhaft



Foto: Mediazona

Der stellvertretende Vorsitzende von *Jabloko*, Maksim Kruglov, veröffentlichte in den sozialen Medien Daten der Vereinten Nationen über getötete Zivilisten in der Ukraine und bezeichnete die Massentötungen in Butscha als "eine Art Hölle". Ein Gericht stufte diese Veröffentlichungen als "Falschinformationen über die Armee" ein und verurteilte den Politiker zu [sieben Jahren Straflager](#). In seinem Schlusswort erklärte Kruglov, die strafrechtliche Verfolgung bedeute ein "Verbot einer moralischen Haltung und des Widerspruchs", und rief die künftigen Machthaber dazu auf, das Recht der Bürger auf abweichende Meinungen zu respektieren.

Versuch Mobilfunkmast in Brand zu setzen: 8 Jahre Freiheitsentzug

Vasilij Fedjukin aus Kaluga versuchte, einen Mobilfunkmast anzuzünden. Anwohner hatten Fedjukin jedoch festgehalten und die Polizei verständigt, sodass der Brandanschlag nicht ausgeführt werden konnte. Nach Auffassung der Anklage handelte er aus Ablehnung des russischen Krieges gegen die Ukraine und hoffte, auf diese Weise Einfluss auf das Handeln der Behörden zu nehmen, nun verurteilte man Fedjukin wegen "Vorbereitung eines terroristischen Anschlags" zu [acht Jahren Freiheitsstrafe](#). Die ersten drei Jahre muss er in einem Gefängnis verbringen, den Rest der Strafe in einer Strafkolonie mit strengem Vollzugsregime. Außerdem wurden sein Auto, sein Mobiltelefon und sein Fernglas beschlagnahmt.

"Die Bewohner von Belgorod sitzen schon in Kellern"



Foto SOTAvision

Am 16. Oktober 2022 veröffentlichte der Mitarbeiter der Petersburger Behörde *Rosreestr* Sergej Suptelja, gebürtig im ukrainischen Gebiet Donezk, im Telegram-Kanal *Jura, prosti* den Kommentar: "Die NATO ist bis heute nicht in den Krieg eingetreten, aber die Einwohner von Belgorod sitzen bereits in Kellern und suchen Schutz vor russischen orthodoxen Raketen." Vor Gericht verweigerte er die Aussage, bekannte sich jedoch schuldig. Seine Ehefrau erklärte, dass er dem Krieg gegen die Ukraine ablehnend gegenüberstehe, da seine Mutter dort lebe. Das Gericht verurteilte Suptelja wegen angeblicher "Falschinformationen über das Militär" zu [fünf Jahren Freiheitsentzug](#) in einer Strafkolonie im allgemeinen Vollzug.

Rentner wegen Foto mit Aufschrift "Nein zum Krieg" zu einem Jahre Zwangsarbeit verurteilt



Foto Mediazona

Am 26. März 2022 hatte Viktor Kazakov zwei Fotos veröffentlicht: eines von einem Haus mit dem Graffiti "Nein zum Krieg!" und eines vom Denkmal für die Heldenstädte mit der Aufschrift "Peremoha!" unter der Bronzetafel Kyjiv. Dazu schrieb er: "Novouralsk! Wie sehr ich dich liebe, meine Heimat! Allein dafür – für diese Lichtstrahlen aus der Gefangenschaft im schwarzen Reich. Die Ukraine wird siegen! Ruhm der Ukraine!" Auf Aufforderung der Sicherheitskräfte entfernte er seine Kommentare, erklärte aber vor Gericht: "Die Bürger der Stadt haben eine alternative Sicht auf die militärische Spezialoperation. Sie unterstützen den Krieg gegen die Ukraine nicht. Ich unterstütze ihn ebenfalls nicht." Die Staatsanwaltschaft hatte daraufhin für den 71-jährige Rentner eine [zweijährige Freiheitsstrafe](#) in einer Kolonie wegen der angeblichen "Verunglimpfung von Symbolen des militärischen Ruhms" beantragt. Nun wurde Kazakov zu [zwei Jahren Zwangsarbeit](#) wegen "Rehabilitierung des Nazismus" verurteilt, in seinem Schlusswort vor Gericht sagte er, er halte seine Einstellung gegen den Krieg nicht für ein Verbrechen.

Video der Legion "Svoboda Rossii" veröffentlicht: 4 Jahre Lagerhaft

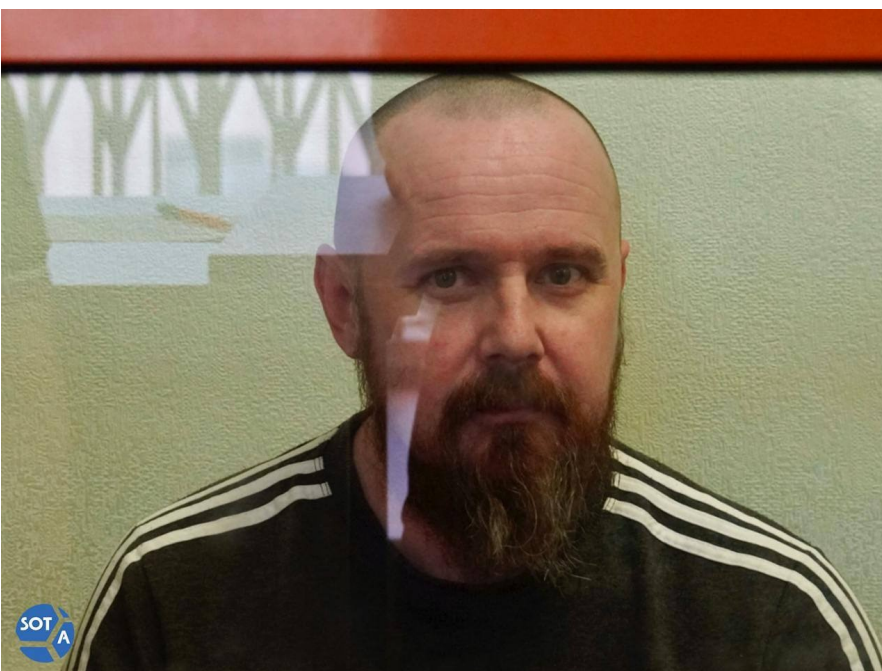


Foto SOTAvision

Vladislav Apestin aus Orechovo-Sujevo (Föderationskreis Zentralrussland) veröffentlichte auf seiner Seite im sozialen Netzwerk *Vkontakte* einen Link zu einer Videobotschaft der Legion "Svoboda Rossii", daraufhin wurde ihm "Propaganda für Terrorismus" vorgeworfen. Apestin räumte ein, das Video veröffentlicht zu haben, bestritt jedoch den Vorwurf, damit Terrorismus propagieren zu wollen. Das Gericht verurteilte ihn zu [vier Jahren Strafkolonie](#) im allgemeinen Vollzug und untersagte ihm für zwei Jahre die Verwaltung von Internetseiten.

Antikriegspost aus dem Jahr 2014: Geldstrafe



Marina Balujeva, Lehrerin aus Sankt Petersburg, veröffentlichte 2014 bei *Vkontakte* einen Beitrag mit den Worten: "Der Krieg in der Ukraine ist ein Verbrechen des Putin-Regimes." Fast zwölf Jahre später verurteilte ein Gericht Balujeva wegen "Diskreditierung" der Armee zu einer [Geldstrafe](#) von 15.000 Rubel (ca. 170 Euro), obwohl dieser Straftatbestand zum Zeitpunkt der Veröffentlichung im russischen Recht noch nicht existierte. Balujeva hat ihre Schuld nicht anerkannt.

Minderjähriger zu 5 Jahren Jugendstrafanstalt verurteilt

Einem minderjährigen Bewohner des Ortes Gornyj (Föderationskreis Sibirien) wurde vorgeworfen, im Januar 2026 die Ausrüstung einer Mobilfunk-Basisstation in Brand gesetzt zu haben. Zuvor hatte der Schüler den Schrank des Stromzählers aufgebrochen und die technische Ausrüstung mit einer brennbaren Flüssigkeit übergossen. Das Gericht befand den Jugendlichen der Sabotage für schuldig und verurteilte ihn zu [fünf Jahren Haft](#) in einer Erziehungsanstalt.

Festnahme wegen Weitergabe von Informationen an den ukrainischen Militärgheimdienst

Nach Darstellung des FSB nahm ein 18-jährige Einwohner des Gebietes Orenburg (Föderationskreis Wolga) über Telegram Kontakt zu Vertretern des ukrainischen Militärgheimdienstes HUR auf. Er soll die Lage und Merkmale strategisch wichtiger Objekte ausgekundschaftet haben, um diese Informationen an die ukrainische Seite für spätere Drohnenangriffe weiterzugeben. Am 16. Juni teilte das Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit des FSB mit, dass der Beschuldigte [festgenommen](#) wurde und sich in Untersuchungshaft befindet.

Kommentar zur Tötung Vladlen Tatarskij: Geldstrafe

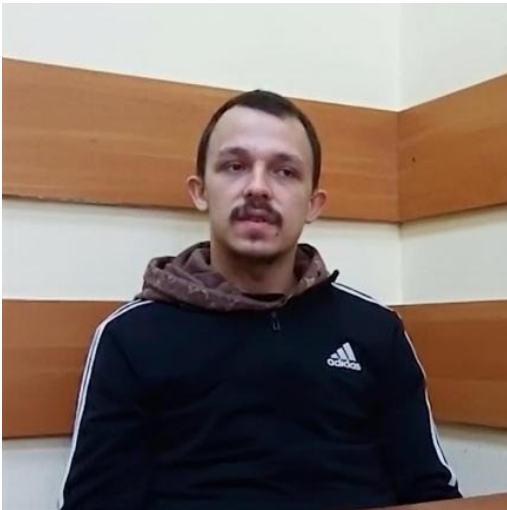
Im Januar 2024 veröffentlichte Vjatscheslav Valiullin bei *Vkontakte* einen Kommentar zur Tötung des Kriegsberichterstatters Vladlen Tatarskij in Sankt Petersburg. Nach Angaben von

Menschenrechtsverteidigern äußerte sich Valiullin in seinem Kommentar außerdem über die Tötung der Propagandisten Margarita Simonjan, Vladimir Solovjov und weiterer Personen. Das Zentrale Bezirksmilitärgericht wertete die Äußerung als "Rechtfertigung eines Terroranschlags" und verhängte eine [Geldstrafe](#) in Höhe von 350.000 Rubel (12,9 Mindestlöhne) sowie ein zweijähriges Verbot, Internetkanäle zu administrieren.

Geldstrafe für 6 pro-ukrainische Kommentare

Ein Einwohner der Republik Tatarstan (Föderationskreis Wolga) veröffentlichte in einem Telegram-Kanal mehrere Kommentare, darunter "Ruhm der Ukraine!" sowie die Aussage, der Krieg sei von Putin begonnen worden und diene allein seinen Interessen und "der Faschismus ist tatsächlich in Russland". Das Verfahren wurde auf Antrag des Beschuldigten in dessen Abwesenheit geführt. Ein Bezirksgericht in Tatarstan wertete die Kommentare als "Diskreditierung der Armee" und verhängte eine [Geldstrafe](#) von 30.000 Rubel (ca. 320 Euro).

Spionage für die Ukraine: 15 Jahr Haft



Adrian-David Kertscho, rumänischer Staatsbürger, soll im August 2024 Informationen über die Standorte von Luftabwehrsystemen in Sotschi gesammelt und an ukrainische Geheimdienste weitergegeben haben. Anfang 2025 wurde Kertscho festgenommen. Nach mehreren sogenannten "Karussell-Verhaftungen" wurde er wegen Spionage zugunsten der Ukraine angeklagt, man verurteilte ihn zu [15 Jahren Haft](#) in einer Strafkolonie im strengen Vollzug. Am 19. Juni lehnte das Berufungsgericht eine [Strafmilderung](#) ab.

Strafverfahren wegen pro-ukrainischer Veröffentlichungen

Ein [Einwohner](#) von Orenburg (Föderationskreis Wolga) veröffentlichte in einem öffentlichen Kanal eines Messengerdienstes Texte und Bilder zur Unterstützung der Ukraine. Ihm wird nun vorgeworfen, im Internet öffentlich Terrorismus gerechtfertigt sowie die Ehre und Würde eines Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges verletzt zu haben. Die Ermittlungen in dem Fall sind abgeschlossen; die Akten wurden an ein Militärgericht übergeben.

Neues Strafverfahren gegen den politischen Häftling Ritschard Rouz



Gegen den politischen Gefangenen Ritschard Rouz aus Kirov wurde ein [neues Strafverfahren](#) wegen "Rechtfertigung von Terrorismus" eingeleitet. Welche konkreten Handlungen ihm in diesem neuen Verfahren vorgeworfen werden, ist bislang unbekannt. Seine Ehefrau vermutet, dass die Vorwürfe mit Gesprächen mit Mitgefangenen oder mit Briefen zusammenhängen könnten, in denen er das "raschistische System" (Kunstwort aus Russland und Faschismus) kritisiert haben soll. Rouz befindet sich derzeit in Haft. Er wurde zu acht Jahren Straflager verurteilt, weil er Beiträge über den Krieg in der Ukraine veröffentlicht hatte. Einer der Gründe für seine strafrechtliche Verfolgung war ein auf *Vkontakte* veröffentlichtes Video über die Tötung von Zivilisten in Butscha. Von den neuen Vorwürfen erfuhr Rouz, nachdem er aus der Strafkolonie in eine Untersuchungshaftanstalt verlegt worden war.

Marija Ponomarenko nach drittem Strafverfahren erneut verurteilt



Die Verfolgung der politischen Gefangenen und Journalistin Marija Ponomarenko dauert an: In einem [dritten Strafverfahren](#) wurde sie zu einem weiteren Jahr und 10 Monaten [Freiheitsstrafe verurteilt](#). Die neue Strafe steht im Zusammenhang mit dem Vorwurf der "Störung des Betriebs einer Strafvollzugseinrichtung" nach einem Konflikt mit einem Mitarbeiter des Föderalen Strafvollzugsdienstes (FSIN) in der Strafkolonie IK-9 in Rubzovsk in der Region Altai. Ursprünglich war Ponomarenko wegen der Veröffentlichung von Informationen über den Tod von Zivilisten in Butscha verurteilt worden. Während ihrer Haft berichtete sie wiederholt über die schwierigen Haftbedingungen sowie über Druck und Schikanen seitens der Lagerverwaltung.

Versuch des Beitritts in die Legion "Svoboda Rossii": 14 Jahre Haft

Konstantin Stepanov, Mitarbeiter der russischen Zentralbank, versuchte, sich der Legion "Svoboda Rossii" anzuschließen, die auf der Seite der Ukraine kämpft. Nach Darstellung der Ermittlungsbehörden soll er außerdem einen ihm bekannten russischen Soldaten dazu aufgefordert haben, dem *RDK* beizutreten. Vor Gericht erklärte Stepanov, dass er den Terrorismus nicht unterstütze und nicht beabsichtigt habe, an Sabotageakten gegen Zivilisten teilzunehmen. Das Gericht verurteilte ihn nun zu [14 Jahren Freiheitsstrafe](#) sowie zu einer Geldstrafe von 500.000 Rubel (ca. 5.900 Euro).

Versuch des Beitritts in die Legion "Svoboda Rossii": 18 Jahre Haft

Der 25-jährige Maksim Isajev soll im Frühjahr 2023 versucht haben, sich der Legion "Svoboda Rossii" anzuschließen. Er soll die dafür nötigen Vorbereitungen getroffen und versucht haben, die Grenze zur Ukraine außerhalb eines offiziellen Grenzübergangs zu überqueren, in der Region Belgorod wurde er festgenommen. Das Gericht [verurteilte](#) Isajev jetzt wegen "versuchten Hochverrats" und "Beteiligung an einer terroristischen Organisation" zu 18 Jahren Haft sowie zu einer Geldstrafe von 570.000 Rubel (ca. 6.700).

Übergabe von Informationen an ukrainische Medien: 16 Jahre Haft

Nach Angaben der Ermittlungsbehörden übermittelte Michail Kondratjev aus Samara (Föderationskreis Wolga) Fotos und Videos einer Anlage des Energie- und Treibstoffsektors an einen Vertreter ukrainischer Medien. Die Anklage vertrat die Auffassung, dass diese Informationen für Drohnenangriffe hätten genutzt werden können, das Gericht sprach den 35-Jährigen des "Hochverrats" und der "Rechtfertigung von Terrorismus" schuldig und verurteilte ihn zu [16 Jahren Freiheitsstrafe](#) (davon 3 Jahre Gefängnis, anschließend Straflager im strengen Vollzug) sowie zu einer Geldstrafe von 300.000 Rubel (ca. 3.500 Euro).

Vorbereitung eines Bombenanschlags auf eine Polizeistation: 20 Jahre Lagerhaftstrafe

Der 24-jährige Aleksej Nikolenko aus Tula ist wegen der Vorbereitung eines Bombenanschlags auf eine Polizeidienststelle in Tula zu 20 Jahren Haft verurteilt worden. Nach Angaben der Ermittler schloss er sich einer Untergrundgruppe an, fotografierte das Polizeigebäude und Dienstfahrzeuge und war am Bau eines Sprengsatzes beteiligt, der später von den Sicherheitsbehörden sichergestellt wurde. Das Gericht verurteilte ihn wegen mehrerer Terrorismandelikte zu [20 Jahren Freiheitsstrafe](#) sowie zu einer Geldstrafe von 700.000 Rubel (rund 7.500 Euro).

Angeblicher Beitritt zum "Russischen Freiwilligenkorps": Elfklässler in Untersuchungshaft genommen

Nach Darstellung der Ermittler soll sich ein Elfklässler aus Njagan (Föderationskreis Ural) dem *RDK* angeschlossen haben. Seine Aktivitäten seien von Betreuern der Organisation koordiniert worden. Als Beweismittel führten die Ermittler unter anderem den Kauf von Bahntickets und im Internet gefundene Materialien an. Die Mutter des Schülers hatte darum gebeten, ihn wegen der bevorstehenden Abschlussprüfungen nicht in Untersuchungshaft zu nehmen; die Verteidigung beantragte Hausarrest. Ein Berufungsgericht erklärte zwar Teile der Schlussfolgerungen der Ermittler für nicht belegt, dennoch wurde der Jugendliche am 8. Mai in [Untersuchungshaft](#) genommen. Zur Begründung hieß es, seine Eltern seien nicht in der Lage, sein Verhalten ausreichend zu kontrollieren.

Geldstrafe für Privatgespräch

In der Silvesternacht zum 31. Dezember äußerte sich Denis Timofejev während eines privaten WhatsApp-Videoanrufs kritisch über die russische Armee. Sein Gesprächspartner denunzierte ihn daraufhin bei der Polizei. Die Verteidigung argumentierte, es habe sich um ein privates Gespräch gehandelt. Das Gericht wertete den Anruf jedoch als öffentlich, da die Äußerungen von Dritten hätten gehört werden können. Wie das Medium *Verstka* am 8. Juni berichtete, verurteilte das Vyborger Bezirksgericht in Sankt Petersburg Timofejev wegen "Diskreditierung der Armee" zu einer [Geldstrafe](#) von 30.000 Rubel (rund 320 Euro).

"Wäre Putin nicht in die Ukraine eingefallen, würden diese Menschen noch leben!"

Ende 2023 hinterließ V. S. Podgorodezkij aus Magadan (Föderationskreis Ferner Osten) im Telegram-Kanal *Schto Delat* (Was tun) einen Kommentar zu einem Beitrag über den Beschuss von Belgorod: "Wenn Putin nicht in die Ukraine eingefallen wäre, würden diese Menschen noch leben. Durch seine Schuld sterben sie. Was soll das, in fremdes Territorium eindringen, sollen sie ihre Angelegenheiten selbst regeln. Wie viele Menschen sind insgesamt bereits ums Leben gekommen?" Das Stadtgericht Magadan wertete den Kommentar als "Diskreditierung der Armee" und verhängte eine [Geldstrafe](#) von 30.000 Rubel (rund 320 Euro).

"Ruhm der Ukraine": Geldstrafe

Am Abend des 7. Mai rief ein Einwohner der Stadt Perm (Föderationskreis Wolga) in einem Einkaufs- und Freizeitzentrum "Ruhm der Ukraine, Ruhm den Helden". Das Leninskij-Bezirksgericht in Perm befand ihn der "Diskreditierung der Armee" für schuldig und verhängte eine [Geldstrafe](#) von 30.000 Rubel (rund 320 Euro).

Beitritt zur Partisanengruppe: 17 Jahre Lagerhaftstrafe

Nach Auffassung von Ermittlern und Gericht schloss sich Vasilij Vtjurin aus dem Gebiet Omsk (Föderationskreis Sibirien) im Herbst 2023 der Legion "Svoboda Rossii" an. Über einen Verbindungsmann soll er Informationen über Truppenbewegungen, den Standort von Militäreinheiten sowie Infrastruktur an die Gruppierung weitergegeben haben. Nach Überzeugung der Ermittler beabsichtigte er zudem, sich den ukrainischen Streitkräften im Kampf gegen Russland anzuschließen. Ein Militärgericht verurteilte Vasilij Vtjurin nun zu [17 Jahren Freiheitsstrafe](#). Die ersten vier Jahre muss er in einem Gefängnis verbüßen, die restliche Strafe in einer Strafkolonie mit strengem Vollzug.

Kommentar zu einem Anschlag: 5 Jahre Strafkolonie

Im September 2022 hinterließ Andrej Nikitenko aus der Stadt Zima (Föderationskreis Sibirien) einen Kommentar unter einer Nachricht über die Festnahme von Ruslan Zinin, einem Sibirier, der wenige Tage nach der Ankündigung der Mobilmachung dreimal auf den Militärkommissar von Ust-Ilimsk geschossen und das Gebäude des Wehramts in Brand gesetzt hatte. Der genaue Inhalt des Kommentars wurde nicht veröffentlicht. Ein Militärgericht verurteilte den 41-jährigen Nikitenko wegen "Rechtfertigung von Terrorismus" zu [fünf Jahren Haft](#) in einer Strafkolonie und untersagte ihm zusätzlich für zwei Jahre die Verwaltung von Internetseiten.

Versuch des Beitritts zu "Svoboda Rossii": 9 Jahre Freiheitsstrafe

Von Mai bis Juli 2023 richtete Artem Proeschnyj mehrere Bewerbungen sowie einen Fragebogen an den Telegram-Kanal der Legion "Svoboda Rossii", erhielt jedoch keine Antwort. Im Jahr 2024 verfasste er

zudem zwei Kommentare: In einem rechtfertigte er den Einmarsch ukrainischer Truppen in die Gebiete Kursk und Belgorod, im anderen rief er zu gewaltsamen Handlungen gegen Vladimir Putin auf. Bereits 2022 war Proreschnyj wegen "Diskreditierung der Armee" administrativ belangt worden. Ein Militärgericht verurteilte den 40-jährigen jetzt zu [neun Jahren Freiheitsstrafe](#), die ersten drei Jahre davon in einem Gefängnis.

Nichtanzeige einer geplanten Sabotage: Geldstrafe

Im Dezember 2025 erfuhr Aleksandr Chizjuk von einem befreundeten Jugendlichen, dass dieser auf Anweisung eines Telegram-Kontaktmanns eine Transformator-Station in Savitinsk (Föderationskreis Ferner Osten) für 15.000 Rubel in Brand setzen sollte. Vor der Aktion sei der Jugendliche zu Chizjuk gekommen, um Streichhölzer zu holen, und habe ihm von dem Auftrag erzählt; dieser unternahm nichts, um ihn davon abzuhalten. Auch nachdem Chizjuk im Internet von dem Brand erfahren hatte, informierte er den FSB nicht über die geplante Sabotage. Als er am 12. Februar von einem Kollegen hörte, dass die Polizei gegen ihn ermittelt, verbrannte er sein Telefon und entsorgte die SIM-Karte. Noch am selben Tag wurde er festgenommen. Ein Gericht verurteilte ihn nun wegen "Nichtanzeige einer geplanten Sabotage" zu einer [Geldstrafe](#) von 65.000 Rubel (rund 650 Euro).

Graffiti zur Unterstützung des "RDK": 13 Jahre Strafkolonie



Dmitrij Ionov aus Moskau sprühte ein Graffiti zur Unterstützung des *RDK*. Ihm wurde außerdem die Absicht vorgeworfen, auf Seiten der Ukraine am Krieg teilzunehmen. Vor Gericht erklärte Ionov, dass Sicherheitskräfte am Tag seiner Festnahme im August 2025 versucht hätten, durch den Einsatz von Elektroschocks Geständnisse zu erzwingen, und zwar in Anwesenheit seines 13-jährigen, behinderten Sohnes. Laut Verteidigung litt der Junge nach der Durchsuchung unter Alpträumen und begann, Bilder von der Folter seines Vaters zu zeichnen. Ionov gab zu, das Graffiti gesprüht zu haben, bestritt jedoch die Absicht, dem *RDK* beitreten zu wollen. Ein Militärgericht [verurteilte](#) den 37-jährigen jetzt zu [13 Jahren Haft](#) wegen "Rechtfertigung von Terrorismus" und "Beteiligung an einer terroristischen Organisation".

Weitergabe von militärischen Informationen und Verteilen von Flugblättern: 14 Jahre Straflager

Von Mai 2022 bis Januar 2023 druckte und verteilte Aleksej Elisejev aus Saratov (Föderationskreis Wolga) Flugblätter mit der Symbolik einer nicht näher benannten ukrainischen Organisation. Zudem fotografierte er diese und schickte die Bilder sowie Informationen über den Aufenthaltsort von Berufssoldaten und mobilisierten Soldaten an eine Kontaktpersonen über Telegram. Aleksej Elisejev war im November 2023 festgenommen worden, zunächst hatte man den Fall unter dem Vorwurf der "geheimen Zusammenarbeit mit Ausländern" und der "Vorbereitung des Beitritts zu einer terroristischen Vereinigung" geführt, später

jedoch als "Hochverrat" eingestuft. Ein Gericht in Saratov verurteilte Elisejev nun zu [14 Jahren Haft](#) in einer Strafkolonie mit strengem Vollzug.

"Putin ist ein Kannibale"



Im Jahr 2022 hinterließ ein Bewohner von Tuapse zwei Kommentare im Telegram-Kanal des Bloggers Ruslan Sokolovskij: "Putin ist ein Kannibale, ihm ist egal, wie viele Menschen sterben" und "...um Russland zu retten, muss man den Kreml niederbrennen". Das Stadtgericht Tuapse (Gebiet Krasnodar) verhängte eine Geldstrafe von [50.000 Rubel](#) (rund 500 Euro) wegen "Diskreditierung der Armee".

Gedenkorte



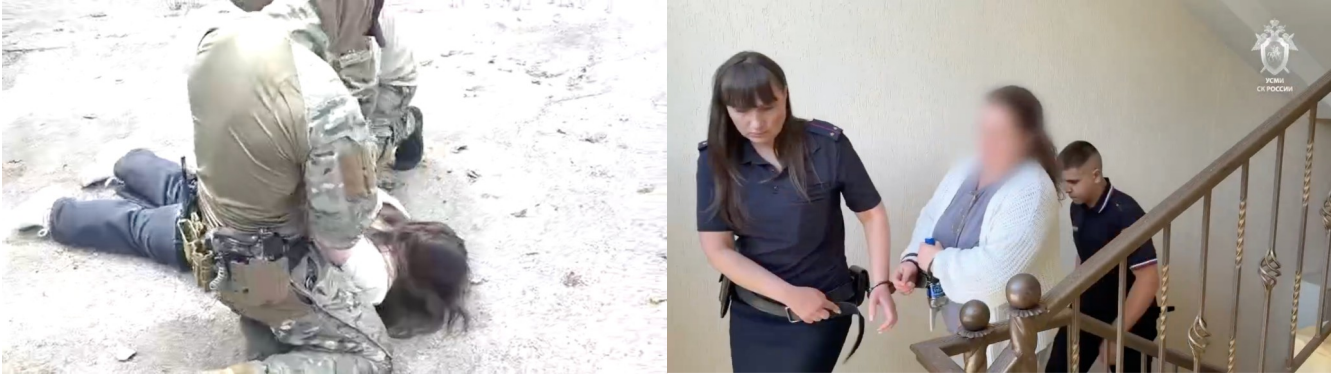
Nach der Attacke auf die Ukraine am [15. Juni](#) brachten Moskauer Blumen an das Denkmal von Lesja Ukrajinka.

Sonstiges

Beschimpfung eines Soldaten: Schuldig

Gegen [Aleksander Malzew](#) aus Kuban ist wegen angeblicher "Diskreditierung der Armee" ein Verfahren eingeleitet worden. Der Mann hatte sich öffentlich gegen den Krieg in der Ukraine ausgesprochen und einen daran beteiligten russischen Soldaten mit vulgärer Sprache beleidigt. Ein Gericht befand ihn zwar für schuldig, beließ es jedoch bei einer mündlichen Verwarnung und stellte das Verfahren ein, da es den Verstoß als geringfügig einstufte.

FSB meldet Vereitelung eines Anschlags auf Polizeidienststelle im Auftrag des ukrainischen Geheimdienstes



Der FSB hat nach eigenen Angaben in Pjatigorsk (Föderationskreis Nordkaukasus) zwei Frauen im Alter von 19 und 47 Jahren [festgenommen](#). Ihnen wird vorgeworfen, Sprengstoffanschläge auf ein Polizeigebäude vorbereitet zu haben. Nach Darstellung des Geheimdienstes brachten die Verdächtigen selbstgebaute Sprengsätze aus Moskau nach Pjatigorsk und handelten auf Anweisung von Kontaktpersonen der ukrainischen Geheimdienste. Gegen die Frauen wurden Strafverfahren wegen "versuchten Terroranschlags" sowie "Herstellung und Transport von Sprengsätzen" eingeleitet. Eine unabhängige Bestätigung der Darstellung der Sicherheitsbehörden lag zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht vor.

Übersetzung: Nicole Hoefs-Brinker